

## **38 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP**

**Ausgedruckt am 16. 12. 1994**

# **Regierungsvorlage**

### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Mongolei über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**

- Die Republik Österreich und die Mongolei, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
  - im Bestreben, den Handel und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
  - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
  - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
  - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

#### **Artikel 2**

(1) Die Republik Österreich und die Mongolei behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

#### **Artikel 3**

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften den Außenhandel und die wirtschaftliche, industrielle, technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in allen Wirtschaftsbereichen,
- Förderung von Technologietransfer und Know-how einschließlich angewandter Forschung,

- Land- und Forstwirtschaft,
- Leder- und Pelzbe- und -verarbeitung,
- Agro- und Lebensmittelindustrie, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte,
- Textilindustrie
- Leichtindustrie,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau,
- Wohn-, Spitals- und Kommunalbauten,
- Produktion von Baumaterialien,
- pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie einschließlich Pflanzenschutz,
- Bergbau und Energie;  
Ausfindung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmarkten,
- Energie;  
Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- finanzielle und industrielle Dienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren;  
Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

#### **Artikel 4**

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie,
- Bauwesen einschließlich Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Telekommunikation,
- Wasserwirtschaft.

#### **Artikel 5**

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

#### **Artikel 6**

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Mongolei erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

#### **Artikel 7**

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt

## 38 der Beilagen

3

in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen treiben.

**Artikel 8**

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

**Artikel 9**

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

**Artikel 10**

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

**Artikel 11**

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

**Artikel 12**

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder in die Mongolei einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Prüfung der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung und zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

**Artikel 13**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

**Artikel 14**

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens verliert das „Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Mongolischen Volksrepublik über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr“ vom 15. Juli 1963 seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 15. Dezember 1992, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und mongolischer Sprache, wobei beide Urschriften in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Wolfgang Schüssel**

Für die Mongolei:

**Tsegmedin Tsogt**

ХОЁР ТАЛЫН ЭДИЙН ЗАСГИЙН ГАДААД ХАРИЛЦААНЫ  
ТУХАЙ АВСТРИ УЛС, МОНГОЛ УЛС ХООРОНДЫН  
Х Э Л Э Л Ц Э Э Р

Австри Улс, Монгол Улс нь / цаашид " Хэлэлцэн тохирогч Талууд " гэж нэрлэх /,

хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцааг бэхжүүлэх хүслээ илэрхийлэн,

худалдаа-эдийн засаг, үйлдвэр, техник, шинжлэх ухаан-техникийн хамтын ажиллагааг эрх тэгш, харилцан ашигтай байх зарчмын үндсэн дээр хөгжүүлэхэд тус дөхөм үзүүлэхийг эрмэлзэн,

энэхүү Хэлэлцээр нь хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцааг цаашид хөгжүүлэхэд таатай нөхцөл бүрдүүлэх үндэс болно гэдэгт итгэн,

зах зээлийн эдийн засгийн үндсэн зарчимд тулгуурлан,

хоёр улсад хүчин төгөлдөр мөрдөж буй хууль тогтоомжийн хүрээнд,

дараахь зүйлийг хэлэлцэн тохиров:

Нэгдүгээр зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Талууд өөрсдийн оронд мөрдөж буй хууль тогтоомжийн хүрээнд хоёр орны үйлдвэр, байгууллага, нийгэмлэг, компани / цаашид "байгууллага" гэж нэрлэх,/-ийн хооронд явуулах хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцааг хөхүүлэн дэмжиж хөгжүүлнэ.

Хоёрдугаар зүйл

1. Австри улс, Монгол улс нь барааг хилээр оруулах, гаргахтай холбогдуулан ногдуулдаг гаалийн татвар болон аливаа хураамж, түүнчлэн эдгээр татвар хураамжийг тооцох аргын хувьд бие биедээ нэн тааламжтай нөхцөл олгоно.

2. Хэлэлцэн тохирогч Талууд аль нэг Хэлэлцэн тохирогч Талаас

а/ хил худалдааг хөнгөвчлөх зорилгоор хөрш орнуудад,

б/ одоо байгаа болон хойшид байгуулагдах гаалийн холбоо болон худалдааны чөлөөт, хөнгөлөлттэй бүсэд хамт ордог орнуудад,

в/ Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал ордоггүй олон талын гэрээ, хэлэлцээрийн хүрээнд гуравдах орнуудад олгож буй эсвэл хойшид олгох хөнгөлөлт, давуутай нөхцөлийг нэн тааламжтай нөхцөлд хамааруулахгүй байхаар тохиролцов.

### Гуравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Талууд өөрсдийн боломжийн болон өөрийн оронд хүчин төгөлдөр мөрдөж буй хууль тогтоомжийн хүрээнд эдийн засаг, үйлдвэрлэл, техник, шинжлэх ухаан-техникийн хамтын ажиллагааг хөхүүлэн дэмжинэ.

2. Хэлэлцэн тохирогч Талууд ялангуяа дараах салбарт хамтран ажиллах боломжтой болохыг тохиролцов. Үүнд:

- эдийн засгийн бүх салбарт шууд хөрөнгө оруулах болон хамтарсан үйлдвэр байгуулах,
- технологи, "ноу-хау" түүний дотор хэрэглээний судалгааг солилцоход тус дөхөм үзүүлэх,
- арьс шир, үслэг эдлэлийг боловсруулах, бүтээгдэхүүн үйлдвэрлэх,
- хөдөө аж ахуй, хүнсний бүтээгдэхүүний үйлдвэрлэл, хөдөө аж ахуйн бүтээгдэхүүнийг боловсруулах, хадгалах,
- нэхмэл, бөс барааны үйлдвэрлэл,
- хөнгөн үйлдвэрлэл,
- одоо байгаа үйлдвэрүүдийг өөрчлөх, шинэчлэх, өргөтгөх, автоматжуулах,
- орон сууц, эмнэлэг, нийтийн байр барих,
- барилгын материал үйлдвэрлэл,
- эмийн үйлдвэрлэл, эмнэлгийн төхөөрөмж, багаж хэрэгсэлийн болон химийн, түүний дотор ургамал хамгаалах хэрэгсэлийн үйлдвэрлэл,

## 38 der Beilagen

7

- уул уурхай, эрчим хүчний үйлдвэрлэл, эрэл хайгуул, олборлох, боловсруулах, зах зээлд гаргах тэрчлэн гуравдахь зах зээл дээр хамтран ажиллах,
- эрчим хүч, цахилгаан станц, өндөр хүчдэлийн шугмын системийг өргөтгөх, шинэчлэх,
- хүрээлэн буй байгаль орчин, байгалийн унаган төрхийг хамгаалах,
- мэргэжилтэн, удирдах ажилтан менежерийг сургах, бэлтгэх,
- яармаг, үзэсгэлэн, семинар зохион явуулах, худалдаа - эдийн засгийн төлөөлөгчид, мэргэжилтнүүд солилцох,

3. Хамтын ажиллагааны бүх салбарт төслүүдийг экологийн дээд түвшиний жишигт тохирсон тэргүүний технологиор хэрэгжүүлнэ.

## Дөрөвдүгээр зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Талууд эдийн засгийн хувьд ашигтай, экологийн хор хохиролгүй дэд бүтцийг байгуулах зайлшгүй шаардлагаас үүдэн дор дурдсан салбарын хамтын ажиллагааг онцгой анхаарч үзэхээр тохиролцов. Үүнд:

- эрчим хүч,
- зам барилга,
- хог хаягдлыг дахин ашиглах, бүтээгдэхүүн үйлдвэрлэх,
- төмөр замын тээвэр,
- агаарын замын тээвэр,
- усан тээвэр,
- сансрын холбоо,
- усны аж ахуй,

## Тавдугаар зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Талууд хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцааг гүнзгийрүүлэхэд жуулчлал үлэмж хувь нэмэр оруулах болно гэж үзэв.

I. Хэлэлцэн тохирогч Талууд Нэгдсэн Үндэсний Байгууллагын олон улсын аялал жуулчлалын Бага Хурлын зөвлөмж / Рим. 1963 он./, түүнчлэн " Жуулчлалын Харти болон жуулчдын кодекс" / Софи, 1985 он./- ийн зөвлөмжийг үндэслэн жуулчлалыг хөгжүүлэхэд өөрийн хууль тогтоомжийн хүрээнд туслалцаа үзүүлнэ.

2. Жуулчлалын салбарт төслүүд хэрэгжүүлэх, түүнчлэн зохих дэд бүтцийг хөгжүүлэх эдийн засаг, үйлдвэрлэл, техник, шинжлэх ухаан-техникийн хамтын ажиллагаа нь хүрээлэн буй орчныг хамгаалах, жуулчлалыг чанарын өндөр түвшинд зохион байгуулах зарчмын үндсэн дээр хэрэгжинэ.

#### Зургаадугаар зүйл

Австри улс ба Монгол улсын хоорондын төлбөр тооцоо нь улс тус бүрд мөрдөгдөж буй хууль тогтоомжийн дагуу чөлөөтэй хөрвөх валютаар хийгдэнэ.

#### Долдугаар зүйл

I. Энэхүү Хэлэлцээрийн хүрээнд явуулах бараа солилцоо, эдийн засаг, үйлдвэрлэл, техник, шинжлэх ухаан-техникийн хамтын ажиллагаа нь арилжааны зарчмын үндсэн дээр явагдана.

2. Хоёр улсын байгууллагуудын хоорондын худалдаанд дэлхийн зах зээлийн үнийг баримтална.

3. Хоёр улсад мөрдөж буй хууль тогтоомжийн хүрээнд Хэлэлцэн тохирогч Талуудын үйлдвэрүүдийн бараа эргэлтийг нэмэгдүүлэх, тэдгээрийн нэр төрлийг олшруулах зорилгоор олон улсын практикт хэрэглэгддэг бүх төрлийн худалдаа, түүний дотор бараа солилцоо болон угтвар худалдааг эрхлэн явуулж болно.

#### Наймдугаар зүйл

I. Хэрэв гэрээний дагуу нийлүүлэгдэх барааны үнэ, хэмжээ, нөхцөл нь дотоодын ижил төрлийн бараа үйлдвэрлэгчид буюу эсвэл өрсөлдөх барааны хувьд хохирол учруулсан буюу учруулахаар бол Хэлэлцэн тохирогч Талууд хоёр талын зөвлөлдөөн хийнэ.

2. Зөвлөлдөөний явцад Хэлэлцэн тохирогч Талууд дээр / I / дурдсан нөхцөл бүрдсэн гэж үзвэл нийлүүлэлтийг хязгаарлах буюу өөр арга хэмжээ авч хохирлоос урьдчилан сэргийлэх буюу хохирлыг арилгана.

3. Хэрэв Хэлэлцэн тохирогч Талууд тохирч чадахгүй бол зөвлөлдөөн хийхийг санаачлагч Хэлэлцэн тохирогч Тал хохирлыг арилгах буюу түүнээс урьдчилан сэргийлэхэд зайлшгүй шаардлагатай хугацаа, хэмжээнд бараа нийлүүлэлтийг хязгаарлах арга хэмжээ авах эрхтэй. Ийм тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Тал Хэлэлцэн тохирогч эхний Талын өмнө хүлээсэн үүргээсээ адил хэмжээний худалдаанд татгалзах эрхтэй.

4. Хугацаа алдсанаар үлэмж хэмжээний хохирол учирч болзошгүй тохиолдолд урьдчилан зөвлөлдөөн хийлгүйгээр түр зуурын арга хэмжээ авч болно. Энэ тохиолдолд уг арга хэмжээг авсан Хэлэлцэн тохирогч Тал энэ тухай Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талд бичгээр нэн даруй мэдэгдэх бөгөөд дараа нь зөвлөлдөөнийг яаралтай эхлүүлнэ.

5. Энэхүү зүйлд тусгагдсан арга хэмжээг сонгохдоо энэхүү Хэлэлцээрийг хэрэгжүүлэхэд хамгийн бага сөрөг нөлөө үзүүлэх арга хэмжээг Хэлэлцэн тохирогч Талууд чухалчилж үзнэ.

#### Бсдүгээр зүйл

Хэлэлцэн тохирогч Талууд хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцаанд жижиг, дунд үйлдвэрийг идэвхитэй оролцуулах нь шаардлагатай бөгөөд ашигтай гэж үзнэ.

#### Арав дугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч Талууд маргаантай асуудлыг хоёр талын харилцан ойлголцсоны үндсэн дээр найрсаг замаар шийдвэрлэхийг эрхэмлэнэ.

2. Хоёр улсад мөрдөгдөж буй хууль тогтоомжийн хүрээнд болон Хэлэлцэн тохирогч Талуудын байгууллагуудын хоорондын гэрээнд заасны дагуу Хэлэлцэн тохирогч Талууд

а/ худалдаа, хамтын ажиллагааны хэлцэл, түүнчлэн

10

38 der Beilagen

хамтарсан үйлдвэр байгуулах болон шууд хөрөнгө оруулах тухай хэлцэлтэй холбогдолтой Хэлэлцэн тохирогч Талуудын байгууллагуудын хоорондын маргааныг арбитражийн газраар шийдвэрлүүлэх,

б/ Нэгдсэн Үндэсний Байгууллагын олон улсын худалдааны эрхийн комисс / ЮНСИТРАЛ /- ийн боловсруулсан арбитражийн журмыг хэрэглэх, түүнчлэн Гадаад улсын арбитражийн шийдвэрийг хүлээн зөвшөөрөх, биелүүлэх тухай Конвенци / Нью-Йорк, 1958 он./-д оролцогч аль нэг орны арбитражийн газраар шийдвэрлүүлж байна.

#### Арван нэгдүгээр зүйл

Энэхүү Хэлэлцээр нь хүчингүй болох, эсвэл түүнд өөрчлөлт орсон дараа энэ Хэлэлцээрийн заалтууд нь энэхүү Хэлэлцээрийг хүчин төгөлдөр байхад үүссэн бөгөөд түүнийг хүчингүй болох болон түүнд өөрчлөлт ороход хагас нь эсвэл бүхэлдээ биелээгүй хоёр орны байгууллагуудын хоорондын гэрээгээр хүлээсэн үүргийн хувьд хэвээр мөрдөгдөнө.

#### Арван хоёрдугаар зүйл

1. Энэхүү Хэлэлцээрийн дагуу Хамтарсан комиссийг байгуулах бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч Талуудын тохиролцсоны дагуу ажлын уулзалтыг Австри болон Монгол улсад ээлжлэн зохион байгуулж байна.

2. Энэхүү Хамтарсан комиссийн зорилгод тухайлбал дараах зүйл орно. Үүнд:

хоёр талын эдийн засгийн гадаад харилцааны хөгжлийг дүгнэх, эдийн засгийн хамтын ажиллагааны хэтийн шинэ төлвийг боловсруулах,

хоёр улсын байгууллагуудын хоорондын эдийн засг, үйлдвэрлэл, техник, шинжлэх ухаан-техникийн хамтын ажиллагааг сайжруулах санал боловсруулах,

энэхүү Хэлэлцээрийг хэрэглэх талаар зөвлөлгөө бэлтгэх,

## 38 der Beilagen

11

## Арван гуравдугаар зүйл

1. Хэлэлцэн тохирогч аль нэг Тал, эсвэл Хэлэлцэн тохирогч Талууд Европын Эдийн Засгийн Бүс / ЕЭЗБ /, эсвэл Европын Хамтын Нийгэмлэг / ЕХН /, эсвэл тэдгээрийн эрхийг залгамжлагч байгууллагуудад гишүүнээр элссэн тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Талууд энэхүү Хэлэлцээрийн энэ зүйлд дурдсан байгууллагуудын гишүүний эрх зүйн байдалтай үл нийцэх заалтуудыг мөрдөхгүй болно.

2. Дээрх тохиолдолд Хэлэлцэн тохирогч Талууд энэхүү Хэлэлцээрийн үлдэх зүйл заалтыг цаашид хэрхэн мөрдөх талаар хамтран тохиролцоно.

## Арван дөрөвдүгээр зүйл

1. Энэхүү Хэлэлцээрийг хоёр жилийн хугацаатай байгуулсан бөгөөд Хэлэлцэн тохирогч Талуудын аль нэг нь Хэлэлцэн тохирогч нөгөө Талдаа Хэлэлцээрийн хугацаа дуусахаас 3 сарын өмнө Хэлэлцээрийг цуцлах тухай дипломат шугмаар бичгээр мэдэгдээгүй тохиолдолд тэрээр нэг жилээр аяндаа сунгагдана.

2. Энэхүү Хэлэлцээр нь түүнийг хүчин төгөлдөр болох талаар хоёр улсын хууль тогтоомжид заасан дотоодын журмын дагуу шийдвэрлэсэн тухай ноот бичиг солилцон бие биедээ мэдэгдсэнээс хойш гуравдах сарын эхний өдөр хүчин төгөлдөр болно.

3. Энэхүү Хэлэлцээр хүчин төгөлдөр болсон өдрөөс эхлэн Австрийн Холбооны Улсын Засгийн газар, Бүгд Найрамдах Монгол Ард Улсын Засгийн газрын хооронд 1963 оны 7 дугаар сарын 15-нд байгуулсан Худалдаа ба Төлбөрийн Хэлэлцээр хүчингүй болно.

Хэлэлцээрийг 1992 оны 12 дугаар сарын "15" - ны өдөр *Зака* хотноо герман, монгол хэл дээр хоёр эх хувь үйлдсэн бөгөөд эх хувиуд нь адил хүчинтэй байна.

АВСТРИ УЛСЫГ  
ТӨЛӨӨЛӨН



МОНГОЛ УЛСЫГ  
ТӨЛӨӨЛӨН



## VORBLATT

### **Problem:**

In Hinblick darauf, daß das im Jahr 1963 mit der damaligen Mongolischen Volksrepublik abgeschlossene Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr nunmehr unadministrierbar und obsolet geworden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Neuregelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Mongolei ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

### **Ziel:**

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr, und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Mongolei geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Mongolei einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umgang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

### **Alternative:**

Nichtabschluß des Abkommens und Kündigung des seinerzeit mit der Regierung der Mongolischen Volksrepublik abgeschlossenen Abkommens über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr vom 15. Juli 1963, welches stark von zentralverwaltungswirtschaftlichen Begriffen geprägt ist und inzwischen obsolet geworden ist und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

### **Kosten:**

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

### **EWR bzw. EG-Kompatibilität:**

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer gemeinsamen Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert werden.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen und technischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und der Mongolei unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Mongolei über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll das seinerzeit mit der Regierung der Mongolischen Volksrepublik abgeschlossene Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 15. Juli 1963, welches nur den Warenaustausch geregelt hat und nunmehr unadministrierbar und obsolet geworden ist, ersetzen und eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl die Mongolei nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der mongolischen Sprache und Rechtsterminologie traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinn wurde gegenüber der mongolischen Seite klargestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

### Besonderer Teil

#### Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

#### Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

#### Zu Artikel 2 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

14

38 der Beilagen

**Zu Artikel 3:**

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

**Zu Artikel 4:**

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

**Zu Artikel 5:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien.

Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

**Zu Artikel 6:**

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und der Mongolei soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

**Zu Artikel 7:**

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

**Zu Artikel 8:**

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

**Zu Artikel 9:**

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

**Zu Artikel 10:**

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

**Zu Artikel 11:**

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

**Zu Artikel 12:**

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder in die Mongolei einberufen wird.

**Zu Artikel 13:**

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

**Zu Artikel 14:**

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit zwei Jahren festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens soll gleichzeitig das seinerzeit mit der Regierung der Mongolischen Volksrepublik abgeschlossene Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 15. Juli 1963 seine Wirksamkeit verlieren.